

Wahlprogramm

SPD-Thüringen

Friedrich-Ebert-Stiftung

**C 23 - 00519**

## Inhaltsverzeichnis

I.	Wirtschaftlicher Aufschwung	1
II.	Verkehr und Fremdenverkehr	4
III.	Grüner Plan für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum	6
IV.	Für eine soziale und gerechte Gesellschaft	9
V.	Für eine saubere Umwelt	14
VI.	Das Land und sein Geld	18
VII.	Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft	19
VIII.	Bildung für alle	21
IX.	Wissenschaft in Thüringen	23
X.	Kultur in Thüringen	24
XI.	Jugend und Sport	26
XII.	Demokratischer Rechtsstaat und Föderalismus	27
XIII.	Die SPD unterstützt alle friedens- und abrüstungspolitischen Initiativen	32

# Wahlprogramm SPD-Thüringen

Sozialdemokratische Landespolitik ist Politik für alle gesellschaftlichen Gruppen. Niemand soll ausgegrenzt, niemand soll bevorteilt werden.

Wir Sozialdemokraten streben folglich nach einer Gesellschaftsordnung, die Chancengleichheit gemäß den Grundwerten der Sozialdemokratie sicherstellt:

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Nach diesen Grundwerten wollen wir unsere Vorstellungen konsequent in allen Bereichen der Landespolitik umsetzen.

Für die SPD sind die Rechte der Menschen auf Arbeit, Wohnung und Bildung unverzichtbare soziale Grundrechte.

Der Sicherung dieser Grundrechte ordnen sich im Interesse der Bürger alle unsere politischen Aktivitäten im künftigen Land Thüringen unter.

Die SPD steht für wirtschaftlichen Aufschwung, soziale und ökologische Verantwortung, für Leistung und Solidargemeinschaft.

## I. Wirtschaftlicher Aufschwung

Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist das Leben aller Bürger in sozialer Sicherheit. Wir treten dafür ein, daß die vom SED-Regime hinterlassenen Probleme nicht zur Not des Einzelnen werden. Nur in einer Solidargemeinschaft können wir die erforderlichen wirtschaftlichen Umbrüche der nächsten Jahre bewältigen. Die Schaffung eines engmaschigen sozialen Netzes soll dem Rechnung tragen.

Zentrales Anliegen unserer Wirtschaftspolitik ist es, Arbeit und Einkommen zu schaffen und zu sichern und dabei die natürlichen Ressourcen zu schonen.

Wir haben in Thüringen eine Wirtschaftsstruktur, die aus einer organisch gefügten Mischung von verschiedenen Industriezweigen, wie auch aus erhaltenswer-

tem Bildungs- und Forschungspotential besteht. Hinzu kommen der gute Ausbildungsstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die günstige geographische Lage als weitere Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Nutzen wir diese günstigen Voraussetzungen durch gezielte wirtschaftspolitische Maßnahmen, geben wir den Menschen dieses Landes die Möglichkeit, ihre Kraft und ihr Können zu entfalten. Dann werden Leistung und Innovation Begriffe sein, die man künftig mit dem Namen Thüringen verbindet.

Die Thüringer SPD setzt folgende Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik:

- \* Erhalt und Weiterentwicklung zukunftsträchtiger heimischer Industriezweige sowie Ansiedlung von Betrieben aus Produktionsbereichen neuer Technologien (Werkstofftechnologien, Informations- und Kommunikationstechnologien, Umwelttechnologien, Optoelektronik).

Dazu sind das Investitionsklima zu verbessern, die vorgesehenen Investitionszulagen für produktive Investitionen wesentlich zu erhöhen, Steuerpräferenzen, Frachtkostenhilfen sowie Sonderabschreibungen zu garantieren.

- \* Ausbau der kommunalen Verantwortung für Betriebe, Einrichtungen und Anlagen, die zur Erfüllung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben nötig sind (insbesondere Wohnungswirtschaft und Energieversorgung).

- \* Schaffung von Ansiedlungsprogrammen für Kleinbetriebe. Ausweisung von Gewerbeflächen in Flächennutzungsplänen.

- \* Nutzung ausgewählter militärischer Objekte für Gewerbe und Industrie.

- \* Intensive Förderung des Mittelstandes, des Handwerks und des Dienstleistungsgewerbes als kurzfristig wirkungsvollstes Mittel zur Arbeitsplatzschaffung.

- \* Zielgerichtete Verbesserung der Infrastruktur Thüringens.

Neben diesen Schwerpunkten halten wir Sozialdemokraten folgende Maßnahmen für erforderlich:

- \* Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Thüringen, deren Aufgabe die Absicherung landespolitischer Maßnahmen zur Strukturentwicklung und Wirtschaftsförderung ist.
- \* Wir werden die notwendigen Investitionszulagen, Steuerpräferenzen und Sonderabschreibungen sowie aufzulegende Sonderfonds allen Unternehmen, auch den aus der Auflösung der Kombinate hervorgehenden industriellen Großbetrieben, nach Prüfung der Voraussetzungen zur Verfügung stellen. Diese Großbetriebe bieten in ihrem Umfeld kleinen und mittleren Einheiten sowie Forschungseinrichtungen günstige Existenzmöglichkeiten. Ihre integrierende Kraft verbessert das Wirtschaftsgefüge des Landes und sichert Arbeitsplätze.
- \* Forschung ist Investition in die Zukunft. Deshalb müssen wir die leistungsfähigen Forschungspotentiale in Thüringen erhalten. Die in Thüringen ansässigen Forschungseinrichtungen brauchen befristete Anpassungshilfen bis andere Nutzer in der Lage sind, sich im Rahmen der Drittmittelforschung zu beteiligen.
- \* Die SPD vertritt eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Vor allem Beschäftigungsgesellschaften gemischter Finanzierung durch Bund, Land, Kommunen und Arbeitsamt, sind geeignet, erforderliche Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durchzuführen.
- \* Der Osthandel ist lebenswichtig für unsere Industrie. Er muß erhalten und gefördert werden.
- \* Zur Deckung der Kosten der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wollen wir das unrechtmäßig erworbene Vermögen der SED-PDS und der anderen Blockparteien heranziehen. Sie haben für die Folgen ihrer Mißwirtschaft zu haften.
- \* Thüringens ist - wie die anderen ostdeutschen Länder - in die Strukturhilfemaßnahmen und Förderhilfen der EG einzubeziehen.
- \* Wir wollen behutsam an die Sanierung und Erneuerung der baulichen Substanz der Städte und Gemeinden herangehen und so ihr jahrhundertealtes, Thüringen prägendes Bild erhalten.

Bei der Durchführung der vor uns stehenden Aufgaben sind wir auf die solidarische Hilfe des Bundes und der westlichen Bundesländer angewiesen.

Der Osten Deutschlands hatte an den Folgelasten des Zweiten Weltkrieges unverhältnismäßig schwer zu tragen. Die deshalb notwendigen Strukturhilfen des Bundes betrachten wir als eine uns zustehende Hilfe zur Selbsthilfe. So können wir rasch den Anschluß an das Niveau der übrigen Bundesländer schaffen.

## II. Verkehr und Fremdenverkehr

Verkehr und Fremdenverkehr sind wichtige Standortfaktoren für die Entwicklung Thüringens.

Für die kurzfristige Entwicklung und die Zukunftsperspektiven bietet Thüringen günstige Standortbedingungen:

- a) Die geographische Lage im Herzen Deutschlands und Europas als Drehscheibe für Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen.
- b) Die natürlichen und kulturellen Gegebenheiten; sie sind durch ein Infrastrukturprogramm für den Fremdenverkehr zu aktivieren.

Die SPD will den unbefriedigenden Zustand des Verkehrssystems rasch beheben und das Verkehrsnetz erweitern. Damit werden nicht nur Arbeitsplätze im Verkehrswesen, im Bauwesen und in anderen Bereichen gesichert; es werden vor allem auch die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Marktwirtschaft in Thüringen geschaffen.

Bestandteile des Infrastrukturprogramms für das Verkehrswesen müssen sein:

- \* Instandsetzung des Verkehrsnetzes (Schiene und Straße), bei möglichst geringen Eingriffen in die natürliche Umwelt;
- \* Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit (z.B. Beseitigung von schiefen Übergängen) und Verringerung der Umweltbelastungen durch den Verkehr (z.B. Ortsumgehungsstraßen);

- \* Verbesserung der Verkehrssysteme für den öffentlichen Personennahverkehr (Straßenbahn, O-Bus, Bus);
- \* Ein umweltverträgliches Konzept für den Fernverkehr, durch Anbindung Thüringens an das europäische Schnellbahnnetz (Bevorzugung der Schiene vor dem Luftverkehr) sowie Ausbau statt Neubau der vorhandenen Nord-Süd- und Ost-West-Autobahnen und mehrspurigen Fernverkehrsstraßen;
- \* Schaffung von attraktiven Radwegnetzen;
- \* Erhaltungsmaßnahmen und Angebotsplanungen für wirtschaftsnahe Infrastrukturen des Verkehrswesens, zur Sicherung eines möglichst hohen Anteils des Güterverkehrs auf der Schiene.

Der Fremdenverkehr ist entsprechend dem Willen der Kommunen durch unterschiedliche Konzepte für die Regionen Thüringens zu fördern.

Dabei ist

- \* der landwirtschaftliche Charakter,
- \* der Schutz der natürlichen Umwelt,
- \* der Denkmalschutz der historischen Objekte,
- \* die Anziehungskraft attraktiver Städte und touristischer Zentren

so zu berücksichtigen, daß eine große nationale und internationale Wirkung erreicht wird.

Die SPD befürwortet entsprechende Interessenverbände in den Landschaften Thüringens, wie z.B.

Thüringer Wald,  
Rhön,  
Eichsfeld,  
Werragebiet,  
Thüringer Schiefergebirge.

Die Bedingungen für die Naherholung und den Fremdenverkehr in Thüringen sind entscheidend zu verbessern. Durch eine Vielzahl neuer attraktiver Anziehungspunkte sind bestehende Schwerpunkte (wie z.B. Oberhof und Friedrichroda) zu entlasten. Neue Wasserflächen, insbesondere im Thüringer Becken (Freibäder/Schwimmballen, Freizeitzentren) sind zu errichten bzw. für die Touristen zugänglich zu machen. Anstelle von Betriebsferienheimen sind großzügige Freizeithotels zu errichten.

Umweltschonender Tourismus muß jedoch die vorrangige Devise für Thüringen heißen. Trotz zunehmender Motorisierung muß die Natur erhalten bleiben.

Die SPD setzt sich für ein Thüringer Landesamt für Verkehr und Tourismus ein, das eng mit der Raumordnungsbehörde und dem Wirtschaftsministerium zusammenarbeitet.

### III. Grüner Plan für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum

Die Wiederherstellung des Landes Thüringen fällt mit weitreichenden Veränderungen in der Agrarstruktur zusammen.

Sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik geht dabei von folgenden Grundsätzen aus:

- Die Ergebnisse der Bodenreform werden nicht angetastet.
- Das Recht auf Eigentum an Grund und Boden wird garantiert.
- Alle Betriebs- und Eigentumsformen werden rechtlich gleichgestellt.
- Die Bildung ökologisch und wirtschaftlich arbeitender Betriebe wird gefördert.
- Die thüringische Landwirtschaft wird an das EG-System angepaßt.



- Der Landwirt soll seine Verantwortung gegenüber der Umwelt wahrnehmen können.
- Das Leben auf dem Land muß die gleiche Qualität haben, wie das Leben in der Stadt.

Der Schutz des ländlichen Kulturrums muß in der Verfassung des Landes Thüringen verankert werden.

Die Agrarpolitik der Sozialdemokraten in Thüringen verfolgt sieben Ziele:

1. Es müssen leistungsfähige Betriebsstrukturen aufgebaut werden. Dabei werden - vor dem Hintergrund einer 40jährigen Entwicklung - vor allem eingetragene Genossenschaften wirtschaftlicher Größenordnung, aber auch Familienbetriebe von Bund, Land und EG gefördert werden. Freiwillige Produktionsgenossenschaften sind steuerlich mit anderen Betriebsformen gleichzustellen.

Im Prozeß der Anpassung an den EG-Agrarmarkt muß wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Verbindung mit Umweltverträglichkeit alleiniges Kriterium für das Bestehen von landwirtschaftlichen Betrieben sein.

Genossenschaftliches Eigentum ist in letzter Konsequenz Privateigentum der Mitglieder und bedarf deshalb ebenso des Schutzes durch den Staat.

2. In Gebieten mit Standortnachteilen müssen landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere in gebietstypischer Form, im Interesse der Erhaltung der Kulturlandschaft unterstützt werden. Dies soll die Auswirkung touristischer Aktivitäten in diesen Regionen fördern. Bei Subventionen zur Förderung der Landwirtschaft müssen die Belange des Natur- und Umweltschutzes über der Gewinnorientierung stehen.
3. Der Produktion von Überschüssen und Erzeugnissen mit zu hohen Schadstoffwerten ist u.a. mit folgenden Maßnahmen zu begegnen:

Zusammenarbeit mit selbständigen Bildungsträgern, zu erhalten und zu nutzen. Betriebe, die sich über das übliche Maß hinaus in der beruflichen Bildung engagieren, sind steuerlich zu begünstigen. Es gilt zu qualifizieren, statt zu entlassen.

Notwendig ist die Stärkung der Rechte der Betriebsräte bei der betrieblichen Aus- und Weiterbildung.

Die SPD fordert, alle Möglichkeiten für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz zu nutzen. Wir fordern Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorrangig für die Bereiche Umweltschutz, öffentlicher Dienst und für soziale Dienste.

Ein regionales Weiterbildungs- und Umschulungsangebot soll fester Bestandteil von Struktur- und Wirtschaftsförderungsprogrammen werden, um zielgerichtet in zukunftssicheren Branchen und Berufen auszubilden.

Weibliche Arbeitslose müssen an beruflichen Bildungsmaßnahmen - entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen - teilnehmen. Dies dient auch der Qualifizierung wieder in das Berufsleben eintretender Frauen.

Der innerbetriebliche Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muß ausgebaut werden. Sicherung der Gesundheit vor Unfällen, vor den Gefahren eingesetzter chemischer Stoffe oder den Risiken psychischer Belastungen (Streß, Monotonie, Isolation) ist genau so wichtig wie der Schutz vor übermäßiger zeitlicher Belastung. Deshalb treten wir für eine Regelung und Begrenzung von Überstunden ein und werden entsprechende Initiativen im Bundesrat ergreifen. Dies ist auch für die Arbeitsmarktentwicklung wichtig. Arbeitszeitverkürzung schafft Arbeitsplätze. Deshalb unterstützen wir auch die Forderung der Gewerkschaften zur Einführung der 40-Stunden-Woche.

Als ein sozialdemokratisches Anliegen sehen wir die Unterstützung der Jugendlichen beim Übergang von der Ausbildungsphase in das Berufsleben an.

Der Start in die Marktwirtschaft darf für Jugendliche nicht mit Ausbildungsnot und Jugendarbeitslosigkeit beginnen. Das von den Kommunen finanzierte einjährige Berufsschulgrundjahr darf nicht nur zur statistischen

Versorgung führen. Es muß zu einem qualifizierten Ausbildungsabschluß in ausgewählten Berufen führen.

Rentner dürfen nicht zu Sozialhilfeempfängern werden. Nach der staatlichen Einheit Deutschlands darf es nicht bei der Spaltung in zwei Sozialstaatsbereiche bleiben. Der erhebliche Niveauunterschied bei den Renten, dem Arbeitslosengeld und der Sozialhilfe muß abgebaut werden.

Langfristig streben wir eine soziale Grundsicherung an. Ihre Leistungen sollen bei Arbeitslosigkeit, Invalidität und Alter gezahlt werden.

Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen in Unternehmen und Verwaltungen, ist die Voraussetzung einer gerechten Sozialordnung. Wir unterstützen deshalb die Arbeit von Betriebs- und Personalräten.

Die Gewerkschaften spielen durch aktive Tarifpolitik zur Erhöhung der Arbeitseinkommen, Verkürzung der Arbeitszeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen und bei der sozialen Ausgestaltung des deutschen Einigungsprozesses eine wichtige Rolle. Für Sozialdemokraten sind ihre Unabhängigkeit, die Tarifautonomie und das Streikrecht unantastbar. Wir fordern ein Verbot der Aussperrung, um die Übermacht der Arbeitgeber in Arbeitskämpfen abzubauen.

Zur Sicherung des Schutzes der Gesundheit, der Leistungsfähigkeit sowie der Rechte der Arbeitnehmer sind Institutionen des medizinischen, sozialen und technischen Arbeitsschutzes auf Landesebene und in der Wirtschaft aufzubauen.

Die schnelle Arbeitsfähigkeit der Sozial- und Arbeitsgerichte ist notwendig, damit umgehend die Interessen von Arbeitnehmern und sozial Betroffenen einklagbar werden.

2. Das **Grundrecht auf Wohnen** muß gewährleistet sein.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird bei der Bundesregierung die massive

Unterstützung und Förderung des sozialen Wohnungsbaus einfordern. Für die Initiative genossenschaftlicher und privater Bauherren schaffen wir günstige Rahmenbedingungen.

Grundsätzlich tritt die SPD dafür ein, daß die Wohnungsbaugenossenschaften einen gemeinnützigen Status erhalten.

Die Wohnungen in kommunaler Hand müssen als Sozialwohnungen erhalten bleiben. Wir streben an, die kommunalen Wohnungsverwaltungen in überschaubare Einheiten bis maximal 10.000 Wohnungen aufzuteilen. Die Mieter sollen an der Verwaltung, z.B. über Mietervereine, beteiligt sein.

Die SPD tritt für eine sozialverträgliche Mietpreispolitik ein. Wir setzen uns für eine Mietpreisbindung ein, die eine sozial angemessene Relation zwischen Einkommen und Miete garantiert. Nicht die Wohnungseigentümer werden wir subventionieren, sondern wir werden die sozial schwachen Mieter unterstützen.

Begründete Ansprüche der Mieter auf Eigentum und Nutzung ihrer Wohnung müssen rechtlich abgesichert werden.

Wir werden Bürgerinnen und Bürger, die die Initiative ergreifen und ihre Wohnungen selbst sanieren bzw. modernisieren, mit zinsgünstigen Krediten und anderen Zuschüssen unterstützen.

3. Die alten Strukturen im Gesundheitswesen müssen geordnet umgewandelt werden, um eine **Garantie des medizinischen Versorgungsauftrages** zu sichern. Dazu ist erforderlich:

- Förderung des Aufbaus des Krankenversicherungswesens;
- kassenärztliche Vereinigungen und Ärztekammern auf Landesebene;
- Entwicklung von Konzepten zur Privatisierung staatlicher ambulanter Gesundheitseinrichtungen (Niederlassungen, Gemeinschaftspraxen, Praxisge-

meinschaften etc.) und zum kassenfinanzierten Fortbestand staatlicher Einrichtungen;

- Verbesserung der stationären Betreuung durch Investitionen aus Bundesmitteln unter Einbeziehung freier Investoren bei Modernisierung und Neubau von kassenoffenen Krankenhäusern und deren technischen Einrichtungen.

Zur Ergänzung der medizinischen Rehabilitation bedarf es im ganzen Land Thüringen der Einrichtung von Fürsorgestellen, die zugleich für eine berufliche und gesellschaftliche Integration von Menschen mit Behinderungen sorgen.

Gleichzeitig ist das System der gesetzlichen Unfallversicherungen mit seinen Versorgungswerken aufzubauen.

Wir treten für die Sicherung und den Ausbau der Spezialschulen und geschützten Werkstätten für Menschen mit Behinderungen ein. Ziel der Rehabilitation ist die Integration behinderter Menschen ins Berufsleben.

Von Bedeutung sind weiter:

- der Erhalt und die Verbesserung der Betreuung in den Pflegeeinrichtungen durch ein verbessertes Pflegeangebot,
- Schaffung der Voraussetzungen für die häusliche Pflege sowie
- die Nutzung und Stützung von Angeboten freier Wohlfahrtsverbände und anderer karitativer Einrichtungen.

In den aufzubauenden Gesundheitsdiensten sind u.a. zu integrieren:

- Beratungsstellen,
- präventive medizinische Betreuung,
- gewerbeärztliche Betreuung,
- Amtsärzte.

## V. Für eine saubere Umwelt

Der Umweltschutz ist als Staatsziel in die thüringische Landesverfassung aufzunehmen.

Investitionen in die Umwelt machen uns und unsere Kinder nicht ärmer, sondern reicher. Die ökologisch orientierte Umstrukturierung der Wirtschaft schafft Arbeitsplätze. Die Beseitigung der Altlasten fordert große Finanzmittel. Deshalb fordern wir neben den Bundeshilfen eine spezielle Umweltabgabe nach dem Verursacherprinzip.

Durch vielfältige Schadstoffe in Luft, Wasser und Boden als Folge der veralteten Industrien, der intensiven Landwirtschaft und des expandierenden Verkehrs wird der Lebensraum vieler Tier- und Pflanzenarten der ursprünglich reichen Fauna und Flora Thüringens stark eingeschränkt. Viele Arten sind bereits ausgestorben, andere in ihrem Bestand stark gefährdet. Die Anwendung der in den vorstehenden Abschnitten geforderten Maßnahmen sichert den Schutz der Natur vor weiteren unnötigen und schädigenden Eingriffen des Menschen. Zusätzlich treten wir für den Erhalt und den Ausbau der Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie der Biosphärenreservate in Thüringen ein. Übergreifende Konzepte mit den Nachbarländern sind dabei unabdingbar.

Das Netz kleiner Naturschutzgebiete und Naturdenkmäler kann heute kaum noch den Anforderungen eines wirkungsvollen Ökosystem- und Artenschutzes gerecht werden. Die Bildung von Nationalparks und Naturschutzparks ist eine notwendige Alternative.

Die SPD unterstützt Bürgerinitiativen zur Einrichtung eines Nationalparks "Thüringer Hügelland". Der Nationalpark wird sich aus den drei Landschaftsteilen Truppenübungsplatz Ohrdruf, "Drei-Gleichen-Gebiet" mit dem Wechmarer Stausee und Apfelstädtauen zusammensetzen.

Für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes wird Energie in vielfältiger Form benötigt. Die spezifischen Probleme der fossilen Energieträger, wie auch der Atomkraft, und die von ihnen ausgehenden Gefährdungen sind hinreichend bekannt.

Da aber die Nutzung von regenerativen Energiequellen wie Sonne, Wasser oder Wind noch unzureichend entwickelt ist, gibt es im Augenblick vor allem einen Weg: konsequentes, alle Bereiche der Wirtschaft umfassendes Energiesparen. Diesem Ziel dient die Energiepolitik der SPD in Thüringen. Gleichzeitig wird die Nutzung regenerativer Energiequellen durch einzelne Bürger, Unternehmen und Gemeinden unterstützt.

Energiesparen muß sich sowohl für den Bürger als auch für Unternehmen lohnen. Deshalb tritt die SPD ein für:

- lineare und kostendeckende Energietarife, die Energie in Spitzenzeiten verteuern. Einkommensschwache Haushalte müssen unterstützt werden.
- Neubau- und Rekonstruktionsgenehmigungen nur noch bei energiesparender Bauweise;
- steuerliche Begünstigung weitergehender Energiesparmaßnahmen;
- flächendeckende Energiesparberatung;
- Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen in den Gewerken Glaserei, Zimmerei, Installation, Wärmedämmung sowie zur Produktion von Meß- und Regeltechnik für Raum- und Prozeßwärme.

Es darf nicht nur ein Angebot von verschiedenen Energieträgern, sondern es muß auch ein solches von Energiesparkonzepten geben, die von einer "Energie-Agentur Thüringen" erarbeitet werden.

Benötigte Energie muß effektiv verteilt werden. Die SPD tritt deshalb ein für:

- Schaffung eines dezentralisierten und wettbewerbsorientierten Energieversorgungssystems (Entflechtung der Energiekombinate, Trennung von Erzeuger und Verteiler),
- Schaffung von möglichst gemeindeeigenen Energiedienstleistungsunternehmen,
- Abschluß von Verträgen der Gemeinden mit Energieversorgungsunternehmen nur

unter bestimmten Bedingungen, wie der Möglichkeit der Kommunen, selbst Strom oder Wärme zu erzeugen und einzuspeisen oder auf die Tarife Einfluß zu nehmen,

- Verbund mit dem Stromnetz von Bayern und Hessen und dadurch Abbau vorzuhaltender Spitzenkapazitäten,
- Einsatz modernster Technologien als Voraussetzung von Betriebsgenehmigungen,
- Ausbau des Fernwärmenetzes,
- dezentraler Einsatz von Blockheizkraftwerken in ungenügend bedienten Wohngebieten auf Erdgasbasis,
- Umrüstung bestehender Heizkraftwerke, wo möglich, auf Kraft-Wärme-Koppelung,
- schrittweise Ablösung des Stadtgases durch das umweltfreundlichere Erdgas.

Alle bisher beschriebenen Maßnahmen müssen letztlich in die Nutzung erneuerbarer Energiequellen münden. Die SPD beabsichtigt daher

- eine Landesforschungsanstalt für Umweltschutz zu gründen,
- die Forderung von Pilotprojekten bei der Nutzung von Wasser- und Windkraft, Solarwärme und Biogas etc. vorzunehmen sowie
- die Stromeinspeisung aus regenerativen Energiequellen ins Netz angemessen zu vergüten.

Die SPD geht davon aus, daß ein Konzept für die Abfallwirtschaft nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn es weitreichende Maßnahmen zur Abfallvermeidung enthält.

Abfallvermeidung beginnt mit der entsprechenden Konzeption der Produktionsverfahren. Wir setzen uns für das Verursacherprinzip ein, d.h. die Produzenten sind für die Herstellung, den Verbrauch und für Entsorgungskonzepte für ihre



Produkte verantwortlich. Deshalb befürworten wir auch eine Verpackungsrückgabeverordnung.

Grundsätze der Abfallentsorgung in Thüringen müssen sein: Abfallvermeidung ist wichtiger als Abfallverwertung und Abfallverwertung ist wichtiger als Abfallablagerung.

Zur Entlastung der Deponien ist die Aufbereitung von Hausmüll mit dem Ziel der Aussonderung von wiederverwertbaren Reststoffen anzustreben.

Die SPD tritt für eine flächendeckende Sekundärrohstoffeffassung über Recyclinghöfe und Behältereffassung ein.

Organische Abfälle sollen in Kompostieranlagen verwertet werden. Nur in Ausnahmefällen sind Müllverbrennungsanlagen zu errichten.

Die SPD Thüringen wendet sich entschieden gegen grenzüberschreitende Mülltransporte. Jede Kommune ist für eine ordnungsgemäße Müllentsorgung selbst verantwortlich. Die Gründung kommunaler Zweckverbände zu diesem Zweck wird befürwortet. Die kommunale Zuständigkeit gilt im Rahmen der dafür genannten Bedingungen auch für Altlasten.

Die thüringische SPD strebt an, im Rahmen der hessischen Hilfestellung für Thüringen eine Mülldeponie im Werra-einzugsgebiet als Pilotprojekt und Anschauungsbeispiel zu sanieren.

Für die Entsorgung von nicht vermeidbaren und nicht wiederverwertbaren Reststoffen, insbesondere von Sondermüll, müssen moderne Hochsicherheitsdeponien, chemisch-physikalische Behandlungsanlagen und Sondermüllverbrennungseinrichtungen vorgehalten werden. Vorhandene Anlagen dieser Art sind zu überprüfen und notfalls stillzulegen.

Produktionsverfahren, in denen nicht zu beseitigende, hochgiftige Stoffe entstehen, sind zu verbieten.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird

- alle Haus- und Industriemülldeponien, einschließlich sogenannter "wilder" Deponien erfassen,

- Gutachten über deren toxische Inhaltsstoffe, geologische und hydrologische Gegebenheiten in Auftrag geben und
- alle erforderlichen Folgemaßnahmen wie Sanierung, Stilllegung, Weiterführung unter Sonderauflagen etc. einleiten.

Die SPD ist für die ökologische Umstrukturierung der Landwirtschaft. Sie wird daraus folgende Konzepte der extensiven Flächennutzung vorrangig fördern.

Weniger Agrochemikalien, bodenschonende Maschinen, eine ökologisch orientierte Flurgestaltung sowie reduzierte und dezentralisierte Viehbestände. Die natürliche Bodenfruchtbarkeit ist zu gewährleisten, der Trinkwasserschutz ist zu verbessern, die Biotop sind wiederzubeleben.

#### VI. Das Land und sein Geld

Das wiedererstehende Land Thüringen hat die Chance, ein wirtschaftlich starker, leistungsfähiger Teil des neuen einigen Deutschland zu werden. Das ist nicht möglich, wenn das Haushaltsdefizit der alten DDR den fünf neuen Bundesländern aufgebürdet wird. Das ist ebenfalls nicht ohne einen Solidarbeitrag des wirtschaftlich starken Deutschland für unser Land Thüringen möglich, nicht als Almosen, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe.

Die SPD schlägt folgende Maßnahmen zur Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel und zur Kosteneinsparung vor:

- Wegfall der geplanten Steuersenkungsmaßnahmen,
- Einsatz der Steuermehreinnahmen aus der sich mit der Einheit verbessernden gesamtwirtschaftlichen Lage,
- Kürzung von Berlinhilfe und Zonenrandförderung,
- Ersatz objektbezogener durch personenbezogene Transferleistungen (Mieten),
- Kürzung des Verteidigungshaushaltes.

## VII. Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft

Um Frauenförderung in Zukunft durchzusetzen und abzusichern, müssen die Mitsprachemöglichkeiten von Frauen gestärkt bzw. überhaupt erst hergestellt werden.

Die SPD setzt sich dafür ein, daß eine angemessene Mitbestimmung von Frauen auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens garantiert wird

- durch Bildung eines Frauenministeriums,
- in den Fachministerien durch Gleichstellungsbeauftragte,
- in den Kommunen durch Frauenbüros.
- In Arbeitskreisen, Beiräten und sonstigen relevanten Gremien muß ihre Mitarbeit gesichert sein.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, die Gleichstellung vor allem in folgenden Schwerpunktbereichen durchzusetzen:

### 1. Beruf und öffentliches Leben

Der traditionelle Arbeitsmarkt für Frauen ist besonders von Arbeitsplatzverlusten betroffen. Dem ist durch spezielle, frauenfördernde Umschulungsmaßnahmen entgegenzuwirken.

Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt bedeutet, zukunftsorientierte Berufsbereiche für Frauen zu öffnen (Umweltschutz, Stadtentwicklung, Soziales, Freizeitindustrie etc.).

Die SPD unterstützt die Vergabe von Fördermitteln an Betriebe, die berufstätige Frauen besonders unterstützen sowie an Frauen, die sich selbständig machen wollen.

Die SPD will als wichtigste Voraussetzung für die Berufstätigkeit und damit

für die Gleichstellung der Frauen, den Erhalt der Kinderbetreuungseinrichtungen absichern. Nach einem sinnvollen pädagogischen Konzept ist die Qualität der Betreuung in den Krippen, Kindergärten und Schulhorten deutlich zu verbessern. Die Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen entspricht in einem starken Maße einem öffentlichen Interesse. Die Höhe der Gebühren soll sich primär an sozialpolitischen Zielvorstellungen orientieren.

Wir wollen die individuelle Betreuung und Erziehung der Kinder durch Gewährung eines Erziehungsgeldes an den erziehenden Elternteil und die Anrechnung dieser Zeiten auf die Altersversorgung ermöglichen.

Frauen müssen bei der Besetzung verantwortlicher Positionen stärker berücksichtigt werden. Die SPD wird deshalb ein Frauenförderungsgesetz vorlegen.

## 2. Bildung und Ausbildung

Geschlechtsspezifische Erziehung erschwert Mädchen und Frauen die Wahl einer qualifizierten Ausbildung in einem technischen Beruf. Die SPD setzt sich deshalb für ein Berufsbildungsgesetz ein, mit dem die gleichberechtigte Ausbildung für Mädchen und Jungen und die entsprechende Vergabe der Lehrstellen ermöglicht wird.

## 3. Familie

Frauen tragen nach wie vor die Hauptlast der Hausarbeit und der Kindererziehung. Der traditionellen Rollenzuweisung kann bereits in der Vorschul-erziehung durch geeignete Konzepte entgegengewirkt werden, um langfristig ein Umdenken in der Gesellschaft zu erreichen. Väter und Mütter müssen gleichermaßen bereit und in der Lage sein, Familienarbeit zu leisten.

In den Kommunen ist die Einrichtung von Frauenhäusern eine wichtige Aufgabe. Sie sind Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und Kinder sowie Kommunikationszentren.

#### 4. Soziale Absicherung

Die SPD in Thüringen unterstützt mit Nachdruck alle Maßnahmen, die der sozialen Absicherung von Frauen und Familien dienen, aber nicht in Länderkompetenz liegen.

Dazu gehören:

- Beibehaltung der besonderen Rechte zum Schutz der Frau;
- "Babyjahr", besonderer Kündigungsschutz für Schwangere und Mütter, Freistellung bei Krankheit der Kinder (Mütter oder Väter);
- Beibehaltung der Fristenregelung bei Schwangerschaftsabbruch mit der Maßgabe, das Gesetz zu modifizieren, ein bedarfsorientiertes und verbessertes Beratungssystem zu schaffen und den Frauen alle erforderlichen sozialen Hilfen anzubieten. Die sexualpädagogische Arbeit ist zu fördern;
- Erhöhung der materiellen Absicherung von Familien und Alleinerziehenden.

Wir wollen ein höheres, einheitliches Kindergeld von 200,- DM für jedes Kind und Abschaffung des einkommensabhängigen Kindergeldes durch Steuerfreibeträge: Spitzenverdiener sollen nicht mehr begünstigt werden.

Wir wollen ein einheitliches Erziehungsgeld, das Väter oder Mütter für zwei Jahre beanspruchen können.

Wir wollen Arbeitszeitregelungen, die es Frauen und Männern gleichermaßen ermöglichen, Beruf und Familie in Einklang zu bringen.

#### VIII. Bildung für alle

Wir Sozialdemokraten wollen eine Bildungspolitik, die jedes Kind, jeden Jugendlichen und jeden Erwachsenen nach seinen Neigungen und Befähigungen fördert. Deshalb setzen wir auf Chancengleichheit für alle, gegen Privilegien für wenige.

In der Bildungspolitik gilt die Kulturhoheit der Länder.

Wir treten ein für eine demokratische Schulverfassung, die Lehrern, Eltern und Schülern Rechte zur Selbstbestimmung einräumt.

Unsere Schulen sind der Ort, an dem Kinder und Jugendliche jeder Herkunft miteinander und voneinander lernen, sich bilden und sich auf ihre Zukunft vorbereiten.

Das bedeutet auch, daß behinderte Kinder soweit wie möglich integriert werden und erforderliche spezielle Schulen für Behinderte angeboten werden. Wir favorisieren die Gesamtschule mit dem Abschluß der allgemeinbildenden Schule nach der 10. Klasse und einer Gymnasialstufe mit dem Abitur nach der 12. Klasse.

Wir sind dafür, daß die Schüler bis zur 6. Klasse gemeinsam unterrichtet werden und daß die Orientierungs- und Förderstufen ab der 7. Klasse eingerichtet werden, so daß die Gymnasialstufe ab der 9. Klasse beginnen kann.

Die Durchlässigkeit zur Gymnasialstufe muß gewährleistet sein.

Fachoberschulen (beruflichen Gymnasien) sind einzurichten.

Alternative Schulen und Schulen in freier Trägerschaft sollen dort zugelassen werden, wo dies Eltern für ihre Kinder wünschen und der Schulbetrieb gewährleistet werden kann.

Das Fach Religion kann in Abstimmung mit Eltern und Religionsgemeinschaften eingeführt werden. Der Gestaltung des Faches Gesellschaftskunde ist besondere Beachtung zu schenken.

Alle jungen Menschen haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung; dabei muß die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern gewährleistet sein.

Die Übernahme der Berufsschulen in kommunale Trägerschaft muß in der Übergangsphase vom Land unterstützt werden. Entsprechendes gilt für die Einführung des dualen Ausbildungssystems.

Mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel in Thüringen sind Ausbildungsplätze, in großer Zahl von den Unternehmen, den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern einzurichten.

Benachteiligte Jugendliche bedürfen einer besonderen Förderung in der Ausbildung. Die SPD fordert die Einführung eines Berufsfindungsjahres und des Berufsbildungsjahres.

Eine besonders intensive Förderung sollen nicht nur Begabte, sondern auch Lernschwache und Behinderte erfahren.

Die polytechnische Ausbildung ist entsprechend den regionalen Erfordernissen und altersspezifisch zu gestalten (Praktika ab 9. Klasse).

Eine wesentliche Rolle in der Aus- und Weiterbildung spielen die Volkshochschulen. Die SPD will sie als selbständige Einrichtungen erhalten, um den wachsenden Bedürfnissen auf dem Gebiet der Allgemeinbildung und der kulturästhetischen Erziehung, im Bereich der Sprachen und der beruflichen Bildung, vor allem in Verwaltung, Handel, Handwerk und Umwelt Rechnung zu tragen. Die finanziellen und sachlichen Voraussetzungen zur Nutzung des Angebotes der Volkshochschulen sollen von den Kommunen bereitgestellt werden. Die Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes sind zu nutzen.

#### IX. Wissenschaft in Thüringen

Der Aufbau einer ökologisch verträglichen, sozialen Marktwirtschaft in Thüringen erfordert ein Netz leistungsfähiger Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die internationalen Maßstäben gerecht werden.

Die Sozialdemokraten in Thüringen werden ein Hochschulgesetz vorlegen, das die Freiheit der Wissenschaft gegenüber Staat und Wirtschaft sichert. Forschung muß sich in stärkerem Maße ihre Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit bewußt sein und legitimieren.

Allen Angehörigen der Hochschulen müssen wirksame Mitbestimmungsrechte eingeräumt werden.

Zur Gewährleistung der Chancengleichheit wollen wir allen Schichten der Bevölkerung den freien Zugang zur Hochschule ermöglichen. Die Befähigung zum Studium soll auf verschiedenen Bildungswegen erworben werden können.

Allen Studierenden ist eine angemessene, sozial differenzierte Ausbildungsförderung zu gewähren. Die Sozialeinrichtungen im Umfeld der Hochschule sind zu erweitern.

Die Öffnung der Hochschulen und die notwendigen Strukturveränderungen in den Regionen erfordern den Ausbau vorhandener und die Schaffung neuer Hochschuleinrichtungen.

Wir unterstützen die Initiativen zur Wiedereröffnung der Universität Erfurt als Europäische Universität unter der Schirmherrschaft der UNESCO, die Bemühungen um das Hochschulprojekt TH Ilmenau / OHS Suhl und die Schaffung von Fachhochschulen.

An den Hochschulen ist eine Personalpolitik nötig, die Fehlleistungen der Vergangenheit korrigiert.

Wir streben Übergangsregelungen an, die dem akademischen Mittelbau, insbesondere den 40- bis 60jährigen, soziale Sicherheit über das geltende Hochschulrahmengesetz hinaus garantiert.

Für die Hochschullehrer schlagen wir ein Überleitungsverfahren vor. Hauptkriterium für die Übernahme in ein demokratisches Hochschulsystem sollen nach internationalen Maßstäben nachgewiesene Leistungen in Lehre und Forschung sein.

## X. Kultur in Thüringen

Thüringen hat eine lange Kulturgeschichte. Bedeutende Kunstwerke und Baudenkmäler gehören zu den Schätzen unseres Landes. Herausragende Dichter und Denker haben hier gewirkt. Große kulturelle Traditionen gilt es zu wahren und zu pflegen. Die SPD fordert deshalb, daß in der künftigen Landesverfassung die Sozialbindung des Eigentums durch eine Kulturbindung ergänzt wird.



Die SPD setzt sich dafür ein,

- das in Thüringen in großer Vielfalt erhaltene kulturelle Erbe zu schützen und zu erhalten und seine lebendige Aneignung und Nutzung zu fördern;
- die bestehenden Kultureinrichtungen wie Theater, Orchester, Kulturhäuser als Zentren des kulturellen Lebens zu unterstützen;
- für die thüringer Archive, Bibliotheken und Museen ein langfristig angelegtes Programm zur technischen Sanierung zu verwirklichen;
- die Pflege der in Thüringen lebendigen Tradition der regionalen Volkskultur und -kunst ebenso zu unterstützen wie neue kulturelle Ausdrucksformen und Aktivitäten;
- im Kulturbereich neue Arbeitsplätze durch die Förderung eines kulturtouristischen Programms zu schaffen und
- eine Künstlersozialversicherung einzuführen.

Für die Finanzierung dieser Aufgabe sind der Einsatz von Bundes- und Landesmitteln und die vielfältigen Formen privater Initiativen miteinander zu verbinden. Wir werden im Landtag den Entwurf eines "Kulturförderungsgesetzes" einbringen, das die Verwendung eines bestimmten Prozentsatzes der Landes- und kommunalen Haushalte für kulturelle Zwecke zwingend festschreibt.

Thüringen hat gute Chancen, mittelfristig zu einem bedeutenden Medienplatz in Europa zu werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür sind Hilfen zum Erhalt traditionsreicher Buchverlage und zur Herausgabe neuer Zeitungen.

Im Rundfunkbereich fordern wir eine konsequente Regionalisierung. Ziel ist die Errichtung einer leistungsfähigen Thüringer Rundfunkanstalt, die eng mit den Landesanstalten der benachbarten Bundesländer kooperiert. Sie kann wesentlich zur Förderung der Thüringer Identität beitragen. Die SPD wird die zur Errichtung der öffentlich-rechtlichen Landesanstalt erforderliche Gesetzesinitiative im Landtag ergreifen.

## XI. Jugend und Sport

Jugend ist zu einer eigenständigen Lebensphase geworden, junge Menschen wollen ihr Leben selbst gestalten.

Wir wollen, daß Schüler, Auszubildende und Studenten selbständig und mit allen demokratischen Rechten ihre Interessen vertreten können.

Die Bildung nimmt im Leben eines Menschen eine wichtige Stelle ein.

Es muß deshalb angestrebt werden, daß alle Jugendlichen einen Ausbildungsplatz erhalten, um eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bekommen.

Die eigenständige Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie die freie Meinungsbildung müssen gefördert werden. Im Zusammenleben mit behinderten und ausländischen Jugendlichen muß Toleranz, aber auch Gleichberechtigung entwickelt werden. Internationale Begegnungsstätten können diese Lernprozesse fördern. Um dem Problem der Alkohol- und Drogensucht zu begegnen, muß gegen die Ursachen vorgegangen werden.

Ein wichtiger Schritt in diese Richtung, ist ein breites Freizeitangebot. Damit Jugendliche ihre Freizeit eigenverantwortlich gestalten können und nicht auf kommerzielle Angebote angewiesen sind, treten wir für den Ausbau öffentlicher Jugendfreizeit- und Kultureinrichtungen ein.

Wir unterstützen die Bildung des Thüringer Jugendrings, der am ehesten in der Lage ist, die Interessen der Jugend zu vertreten.

Die SPD setzt sich für die Sportförderung durch das Land ein. Dabei kommt es darauf an, Unterstützung zu leisten, ohne zu bevormunden.

Vereine sind die Basis des Breitensportes. Das Engagement der Bürger in ihnen darf nicht durch bürokratische Hemmnisse gelähmt werden.

Vereine und Initiativen, die sich der Förderung der Jugend und des Sports verschrieben haben, sollen als gemeinnützig anerkannt werden.

Sport soll Spaß machen. Land und Kommunen werden die Bereitstellung von vielseitigen Angeboten unterstützen.

Der Leistungssport ist nach unserer Ansicht unverzichtbarer Bestandteil der Landespolitik.

Behindertensport stellt für viele behinderte Menschen eine wirkungsvolle Lebenshilfe dar. Er kann die verbliebene körperliche und geistige Leistungsfähigkeit erhalten und steigern, die Eigeninitiative fördern, die Hilfsbedürftigkeit abbauen und die Selbständigkeit stärken. Zugleich hilft der Sport, Behinderte aus ihrer unverschuldeten Isolierung zu lösen und sie in einer Schicksalsgemeinschaft oder mit Nichtbehinderten zu Aktivitäten in einer Gruppe anzuregen.

Die SPD wird sich dafür einsetzen, allen Behinderten und Langzeitkranken ein angemessenes Angebot für Bewegung, Spiel und Sport zu vermitteln und sie in die vereinsorientierte Sportbewegung zu integrieren.

## XII. Demokratischer Rechtsstaat und Föderalismus

Eine der ersten Aufgaben des Thüringer Landtages muß die Schaffung einer thüringischen Verfassung sein, die eine klare Aufgabentrennung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative garantiert.

Die Bürger haben Anspruch darauf, daß Polizei und Justiz ihren Schutzauftrag erfüllen. Dabei muß gesichert sein, daß die staatliche Kontrolle durch freiheitliche Gesetze gesichert wird. Ein Mißbrauch muß ausgeschlossen sein. Wir brauchen deshalb ein Polizeirecht, in dem klare Grundlagen für polizeilichen Befugnisse geschaffen werden.

Dabei ist zu befürchten, daß Thüringen mit neuen Formen organisierter Kriminalität konfrontiert wird (Terrorismus und Bandenkriminalität). Polizei und Justiz müssen sich personell und organisatorisch auf diese neuen Aufgaben einstellen. Im Rahmen der dazu unbedingt notwendigen Aus- und Weiterbildung der

Polizeikräfte ist die Errichtung einer Landespolizeischule unverzichtbar. Ein weiterer wichtiger Punkt in unserem ökologisch stark belasteten Thüringen ist die Bekämpfung der Umweltkriminalität. Damit Polizei und Justiz auf diesem Gebiet ihre Aufgaben erfüllen können, ist die Ausstattung mit der erforderlichen Technik unverzichtbar sowie eine enge Zusammenarbeit mit den Umweltämtern anzustreben.

Polizeiliche Arbeit darf sich nicht nur auf die Verfolgung von Straftaten beschränken, sondern muß durch gezielte Aufklärung und Mitarbeit der Bevölkerung zu ihrer Verhinderung beitragen.

Polizei und Justiz müssen ein neues Selbstverständnis entwickeln. Gesellschaftliche Konflikte lassen sich nur mit politischen Mitteln lösen und nicht durch das staatliche Gewaltmonopol. Die Polizei in Thüringen ist eine Bürgerpolizei im demokratischen Rechtsstaat und keine Vollzugspolizei mehr im Sinne eines Büttels der Staatsgewalt.

Sie hat den Freiraum zu sichern, in dem soziale Konflikte friedlich und gewaltfrei ausgetragen werden können.

Die Polizeiführung muß sich die ständige Eigenkontrolle der Demokratieverträglichkeit ihrer Strukturen zur ständigen Aufgabe machen.

Die parlamentarische Kontrolle der Polizei ist unerläßlich.

Eindeutig und klar abgegrenzt muß die Regelung und Handhabung der gegenseitigen Hilfe von Polizei und Verfassungsschutz sein. Die konsequente Trennung von Polizeirecht und Strafrecht muß gewährleistet sein.

Ein selbstverständlicher Grundsatz muß sein, daß den Opfern von Straftaten die Fürsorge der Gesellschaft gilt.

Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß die Justiz in Thüringen unabhängig ist. Entscheidungen über den Verbleib der bisherigen Richter und Richterinnen sowie Neueinstellungen müssen von demokratisch legitimierten Gremien getroffen werden. Richter und Staatsanwälte dürfen keine politischen Beamten sein. Die Ausbildung der Juristen und das gesamte Justizsystem ist zu reformieren.

In unseren Verwaltungen besteht ein sehr großer Bedarf an moderner und schneller Informationstechnik. Mit der umfassenden Rationalisierung und Modernisierung der öffentlichen Verwaltung bieten sich neue Chancen auf allen Ebenen. Der Verwaltungsaufbau und das Verwaltungshandeln können so bürgernäher und dezentralisiert werden.

Diese Dezentralisierung ist ein wesentlicher Beitrag zur Stärkung von strukturschwachen Gebieten. Dazu trägt auch die Errichtung von Landesverwaltungsämtern in allen Regionen Thüringens bei.

Mit Sorge betrachten wir die zunehmende Ausländerfeindlichkeit in Ostdeutschland. Unsere Ausländerpolitik in Thüringen entspricht übergreifenden Zielvorstellungen: dem Prozeß der europäischen Einigung, der Achtung der Menschenwürde, dem Schutz vor politischer Verfolgung und der Wahrung des sozialen Friedens. Sie ist ausgerichtet auf Integration. Diese muß rechtlich abgesichert werden. Kulturelle Eigenständigkeiten müssen gewahrt bleiben. Das Asylrecht für politisch Verfolgte muß auch im Land Thüringen gewahrt werden.

Föderalismus, kommunale Selbstverwaltung und Subsidiarität sind die Grundsätze der freiheitlichen und demokratischen Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten auch für die Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben in Europa und in einem vereinten Deutschland.

Kommunen und Länder können politische Entscheidungen sach- und bürgernäher treffen als übergeordnete nationale und supranationale Verwaltungen. Deshalb haben sie eigenverantwortlich alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, die keiner einheitlichen Lösungen oder Regelungen auf der jeweils höheren Verwaltungsebene bedürfen.

Die kommunale Demokratie kann jedoch nur funktionieren, wenn die Menschen an den Entscheidungsprozessen in ihren Städten, Gemeinden und Landkreisen möglichst umfassend mitwirken. Mitwirkung und Teilnahme haben sich allerdings nicht an Einzel- oder Gruppeninteressen, sondern ausschließlich am Gemeinwohl zu orientieren.

Nur die Gleichwertigkeit aller drei Ebenen der öffentlichen Verwaltung garantiert einen produktiven Wettbewerb in der Daseinsvorsorge für den Bürger.

Die zentralstaatliche Bevormundung muß abgebaut, der rechtliche Handlungsspielraum erweitert werden. Mitbestimmungsmöglichkeiten sind bei den Gesetzen zu sichern, die die Kommunen betreffen. Gemeinden und Gemeindeverbänden ist eine Verfassungsklage gegen Landesgesetze einzuräumen.

Die bisherige Finanzausstattung der Kommunen wird den Aufgaben der Städte, Gemeinden und Landkreise nicht gerecht. Es ist deshalb das vorrangige Ziel der SPD, ihnen eine Finanzausstattung zu garantieren, die eine eigenverantwortliche Lösung der Probleme auf kommunaler Ebene möglich macht. Die Kommunen müssen zur eigenverantwortlichen Erfüllung ihrer Aufgaben über eigene Steuerquellen mit einem kommunalen Hebesatz verfügen.

Zur Sicherung der Finanzen des Landes Thüringen sowie der Kommunen, muß es einen Finanzausgleich zwischen den Städten und Gemeinden geben.

Die Arbeit der öffentlichen Verwaltung muß ständig den sich wandelnden Bedürfnissen angepaßt werden. Deshalb will die SPD Thüringen die Verwaltung auf Landes- und Kommunalebene unter folgenden Kriterien führen:

- Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit,
- Bürgernähe und Bürgerbeteiligung,
- Sensibilität für die Belange der Mitmenschen,
- soziale Gerechtigkeit und
- ökologische Verträglichkeit.

Wir sind gegen die Verstaatlichung der Gesellschaft.

Der Staat kann nicht alle Probleme lösen. Er muß Aufgaben übernehmen, wo einzelne oder Gruppen gesellschaftliche Verpflichtungen nicht von sich aus erfüllen, oder wo Leistungen, die für das Gemeinwohl notwendig sind, auf andere Weise nicht erbracht werden können.

XIII. Die SPD unterstützt alle friedens- und abrüstungspolitischen Initiativen.

Ziel ist eine endgültige Demilitarisierung Thüringens.

Wir fordern:

- Offenlegung aller militärischen Objekte der Volksarmee und der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, deren Bewaffnung sowie personelle Stärke und Aufgaben.
- Einstellung aller militärischen Großübungen durch bewaffnete Kräfte in Thüringen.
- Ökologische und andere Schäden in den jahrzehntelang genutzten Übungsgebieten müssen festgestellt und umgehend beseitigt werden.
- Einstellung aller militärischer Übungsflüge.
- Die oftmals in den schönsten Landschaften Thüringens postierten Horchstationen und Radarposten der NVA und der sowjetischen Streitkräfte müssen unverzüglich abgebaut werden. Anschließend ist das natürliche Landschaftsbild wiederherzustellen.
- Die Offiziershochschulen der NVA sind aufzulösen. Die freiwerdenden Objekte sind zur Erneuerung und Auffrischung der beruflichen Qualifikation von Berufssoldaten und Offizieren zu nutzen, die im Rahmen der zu erwartenden Reduzierungsmaßnahmen im Bereich der Volksarmee und der Grenztruppen ihren Dienst beenden. Auf diese Weise wird eine Eingliederung in zivile Berufe ohne soziale Brüche angestrebt.
- Die Anlagen der Hochschule der Grenztruppen in Suhl sind nach deren Auflösung und nach Beendigung der vorläufigen Nutzung als Schulungsobjekt der aus der Technischen Hochschule Ilmenau hervorgehenden Technischen Universität Thüringen zur Verfügung zu stellen.

- Im Rahmen der vorgesehenen NVA-Truppenreduzierungsmaßnahmen sollen die Verringerungen zuerst in den Regionen Weimar, Erfurt, Bad Frankenhausen sowie an der früheren innerdeutschen Grenze erfolgen.
  
- Die bei den oben genannten Maßnahmen in großem Maße freiwerdenden Wohnungen - insbesondere in Weimar und Erfurt - können zu einer deutlichen Entspannung auf dem Wohnungssektor beitragen.

